

Gemeinde Wien in die erste Klasse der Kohlenbezieher einzureihen sei, zu bestehen und weiters die Forderung zu erheben, daß der Gemeinde Wien ein bestimmtes tägliches Mindestquantum an Kohle gewährleistet werde. Die Obmänner-Konferenz behält sich vor, nach acht Tagen wieder zusammenzutreten und zu beraten, welche Schritte weiter zu unternehmen wären.

Vize-Bürgermeister Hof referiert hierauf über das Ansuchen der städtischen Beamtschaft um Bewilligung einer Kriegsteuerzulage und führt aus, daß die städtische Beamtschaft eine Eingabe überreicht habe, in welcher sie

1. die Gründung eines Konsumvereines,
2. die doppelte Anrechnung der Kriegszeit und
3. eine 10 prozentige Teuerungszulage, rückwirkend vom

1. April 1915, verlangte. Eingehende Beratungen haben zu dem Ergebnisse geführt, daß es unmöglich sei, den Wünschen der Beamtschaft Rechnung zu tragen. Die Gründung eines Lebensmittel-Magazines sei gegenwärtig ein Ding der Unmöglichkeit. Die Gemeinde kaufe ja selbst Lebensmittel, um auf den Märkten mögliche Preise zu schaffen. Es gehe nicht an, eine bestimmte Gruppe der Bevölkerung zu bevorzugen. Die doppelte Anrechnung des Kriegsjahres sei überhaupt nicht diskutierbar. Die Beamtschaft habe ihr sicheres Einkommen und es wäre dies gegenüber den im Felde Stehenden eine große Ungerechtigkeit. Was müßte die Gemeinde diesen bieten? Die 10 prozentige Teuerungszulage würde eine Summe von 10 bis 12 Millionen Kronen erfordern; eine Belastung, die das Gemeinde-Budget gegenwärtig nicht ertragen könnte. Die Steuereingänge und Überweisungen seien zurückgegangen und die Gemeinde stehe vor weiteren großen finanziellen Opfern, denn im Mai nächsten Jahres müsse die Einlösung der Schatzscheine erfolgen.

Der Referent stellt sogleich folgenden Antrag:

„In Abänderung des Stadtrats-Beschlusses vom 12. Mai 1915 wird die Bezugsgrenze für den Anfall der Kriegsteuerzulage, bis zu welcher dieselbe den Angestellten der Gemeinde Wien, die für ihre Gattin oder ihre Kinder unter 16 Jahren im Haushalte zu sorgen haben, gewährt wird, von 3000 auf 4000 K mit der Wirksamkeit vom 1. Dezember 1915 hinaufgesetzt.“

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß eine durchgehende 10 prozentige Teuerungszulage eine große Ungerechtigkeit wäre, da in der Zulage der höchsten und der niedrigsten Rangsklassen ein großes Mißverhältnis auftreten würde.

Gem.-Rat Skaret erklärt, daß die Forderung nach Teuerungszulagen in allen Institutionen erhoben werde; doch glaube er, man solle in den untersten Stufen unter 10 K nicht herabgehen.

Gem.-Rat Steiner spricht sein Befremden darüber aus, daß die Beamtschaft die Forderungen 1 und 3 aufgestellt habe. Es sei gewiß nicht zu verkennen, daß die Lage der Fixangestellten eine schwierige sei, doch müsse auch die Lage der Gemeinde berücksichtigt werden. Hausherrn und Gewerbetreibende kämpfen um ihre Existenz; in der Kriegsindustrie werden allerdings hohe Löhne gezahlt, wenn aber die Kriegsindustrie eingestellt werden wird, dann werden große Schwierigkeiten auftreten.

Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern erklärt, daß die Gemeindeverwaltung stets den Beamten das größte Entgegenkommen gezeigt habe. Er habe den bei ihm erschienenen Vertretern der Beamtschaft unverhohlen gesagt, daß die gestellten

Wünsche unerfüllbar seien. Bei den einsichtigen Beamten werde die gegenwärtige Vorlage gewiß mit Dank aufgenommen werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß der Magistrat diese Vorlage als die äußerste Grenze des Erfüllbaren bezeichne.

Gem.-Rat Reumann bezeichnet diese Teuerungszulage als minimal; man sollte wenigstens die Grenze auf 5000 K erhöhen, denn auch mit diesem Betrage sei heute das Auskommen sehr schwer zu finden. Was die Arbeitslöhne anbelangt, sei es falsch, anzunehmen, daß das Gros der Arbeiterschaft gegenwärtig hohe Löhne beziehe. Nur ein kleiner Teil der Arbeiter beziehe wirklich höhere Löhne, für diese sei jedoch auch eine überlange Arbeitszeit festgesetzt, so daß die meisten von ihnen nach einer bestimmten Zeit in den Krankenstand kommen und dann den höheren Lohn nicht mehr beziehen.

Gem.-Rat Dr. v. Dorn erklärt, mit den Anträgen nicht einverstanden zu sein. Er sei für eine entsprechende Aufbesserung des Teuerungsbeitrages für die untersten Klassen.

Gem.-Rat Steiner erklärt, daß er den Wünschen der Vorredner nicht beipflichten könne. Wenn eine Änderung dieser Vorlage erfolgen würde, würde daselbe selbstverständlich auch wieder von den Landesbeamten gefordert werden.

Gem.-Rat Dr. Hein spricht sich ebenfalls für eine Aufbesserung der Bezüge der unteren Beamtenkategorien aus.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt hierauf, daß der Antrag des Referenten durchgeführt und über die im Laufe der Debatte gefallenen Anregungen ein Bericht der Magistrats-Direktion eingeholt werde.

Vize-Bürgermeister Hof referiert hierauf über die Frage der Wiederbesetzung erledigter Lehrstellen während der Kriegsdauer.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner betont, daß während der Kriegszeit die Besetzung erledigter Lehrstellen auf ausdrücklichen Wunsch der Lehrerschaft unterblieben sei, damit nicht die im Felde stehenden Lehrpersonen geschädigt würden. Die nicht voraussehende lange Dauer des Krieges habe nun bei der Lehrerschaft das Verlangen gezeitigt, daß die Ausschreibung der erledigten Lehrstellen doch in nächster Zeit durchgeführt werde.

Vize-Bürgermeister Hof stellt den Antrag, an den Landes-Schulrat das Ersuchen zu richten, den k. k. Bezirksschulrat Wien anzuweisen, die seit Kriegsbeginn erledigten definitiven Lehrstellen an den Volks- und Bürgerschulen Wiens für männliche und weibliche Lehrpersonen nunmehr, und zwar zum Februartermin 1916, auszuschreiben und hiebei die Bewerbung der in Betracht kommenden Lehrpersonen, die gegenwärtig zur militärischen Dienstleistung einberufen und infolgedessen nicht in der Lage sind, sich um die fraglichen Stellen zu bewerben, als gegeben anzusehen.

Vize-Bürgermeister Rain teilt mit, daß anlässlich des letzten Frostwetters 110 Waggons Kartoffel, die im Anrollen begriffen waren, erfroren seien, und daß diese abgegeben werden müßten. Zirkla 40 Waggons seien bereits an Spiritusfabriken zum Preise von 4 K 50 h per Meterzentner abgegeben worden. 25 Waggons seien ausgeladen worden, die gut, aber naß seien. Von diesen könnte man einen Teil, da sie nicht lagerfähig sind, im Wege der Hilfs-Komitees unentgeltlich an die arme Bevölkerung abgeben. Von den in der Schafhalle gelagerten Kartoffel seien zirkla 5 bis 6 Prozent erfroren. Die Gemeinde erleide bei diesem Anlasse einen Verlust von über 70.000 K.